

Zwangsverheiratung im Sommerurlaub: Berliner Jugendliche in Gefahr

Die Sommerferien stehen kurz bevor und für die meisten Kinder und Jugendlichen ist dies eine unbeschwerte und erholsame Zeit. Leider gibt es in Berlin jedoch auch eine beunruhigende Realität: Eine aktuelle Erhebung des Berliner Arbeitskreises gegen Zwangsverheiratungen hat in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung und Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung für das Jahr 2022 insgesamt 496 Fälle von (drohender) Zwangsverheiratung berlinweit identifiziert. Besonders alarmierend ist, dass 88 % der vollzogenen Zwangsverheiratungen im Ausland stattfanden, größtenteils während der Schulferien. Die meisten Betroffenen sind in Deutschland aufgewachsen. Bezirksbürgermeister Martin Hikel äußerte sich zu diesem erschreckenden Phänomen und betonte, dass Zwangs-

…



Die Sommerferien stehen kurz bevor und für die meisten Kinder

und Jugendlichen ist dies eine unbeschwerte und erholsame Zeit. Leider gibt es in Berlin jedoch auch eine beunruhigende Realität: Eine aktuelle Erhebung des Berliner Arbeitskreises gegen Zwangsverheiratungen hat in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung und Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung für das Jahr 2022 insgesamt 496 Fälle von (drohender) Zwangsverheiratung berlinweit identifiziert. Besonders alarmierend ist, dass 88 % der vollzogenen Zwangsverheiratungen im Ausland stattfanden, größtenteils während der Schulferien. Die meisten Betroffenen sind in Deutschland aufgewachsen.

Bezirksbürgermeister Martin Hikel äußerte sich zu diesem erschreckenden Phänomen und betonte, dass Zwangs- und Frühverheiratungen klare Menschenrechtsverletzungen sind, denen entschieden entgegengewirkt werden muss. Er fordert dazu auf, die Augen offen zu halten und insbesondere Lehrkräfte, Sozialarbeiter:innen und Fachkräfte in Schulen und anderen Einrichtungen zu sensibilisieren, um schnell und umfassend helfen zu können, falls ein solcher Fall bekannt wird oder ein Verdacht besteht.

Das Bezirksamt Neukölln hat bereits Hilfsangebote für Jugendliche, die von Zwangsverheiratung und Heiratsverschleppung bedroht oder betroffen sind, eingerichtet. Oftmals erreichen die Informationen die Opfer jedoch zu spät oder gar nicht. Aus diesem Grund wurden Informationsschreiben mit Handlungsempfehlungen und Hintergrundinformationen an die Fachkräfte der Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen gesendet.

Die Informationen des Bezirksamts enthalten neben Handlungsempfehlungen auch direkte Kontakte von Ansprechpartner:innen in Neukölln, Berliner Beratungsstellen sowie Informationen zur Bekämpfung von Frühehen. Es ist wichtig zu betonen, dass Zwangsheirat in Deutschland seit 2011 ein Straftatbestand ist, der mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren geahndet wird.

Es ist entscheidend, dass diese verstörenden Praktiken aufgedeckt und bekämpft werden, um jedem Mädchen und jeder Frau ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich unter www.berlin.de/ba-neukoelln/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung/artikel.149890.php sowie unter www.zwangsheirat.de.

Quelle: www.berlin.de

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de